

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Donnerstag, den 2. Juni 1921

Verlag: Einzelnummer 25 Pf. ...
Verlag: Einzelnummer 25 Pf. ...
Verlag: Einzelnummer 25 Pf. ...

Verlag: Einzelnummer 25 Pf. ...
Verlag: Einzelnummer 25 Pf. ...
Verlag: Einzelnummer 25 Pf. ...

Das Orgeschabenteuer und die Preßfreiheit in Schlesien.

Genau zu derselben Stunde, als die Orgesch in der deutschen Ebert-Republik mobil machte und ihre Freikorps in Schlesien einmarschieren ließ, setzte seitens der Breslauer Polizeibehörde eine ganz systematische Hege gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ ein, das einzige Organ der Kommunistischen Partei in Schlesien.

Hatte sich unser Blatt auch schon vorher nicht gerade einer besonderen Bevorzugung durch das Breslauer Polizeipräsidium zu erfreuen, so hagelte es von dem Augenblick an, als sich die bayerischen „Oberschlesier“ nach der bedrohten „Heimat“ in Bewegung setzten, geradezu Verbote und Beschlagnahmen.

Der obersten Weeresleitung war es natürlich sehr unangenehm, den Aufmarsch ihrer Orgeschformationen durch das Breslauer Kommunistenorgan bedroht zu wissen. Es gab soviel zu verschleiern und zu verhehlen, was das Licht der Öffentlichkeit scheuen mußte, so daß mit aller Intensität darauf hingearbeitet werden mußte, die vorlaute „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ mundtot zu machen.

In dem Breslauer Kriminalhilfskommissar Loh hatte die oberste Orgeschleitung auch ein willfähiges Subjekt gefunden, das bereit war, jenseits auch von der notdürftigsten demokratischen Auffassung von Recht und Gerechtigkeit die unbequeme Arbeiterzeitung mit den brutalsten Mitteln zu bekämpfen.

Dieser Herr, dem man seine Orgeschzugehörigkeit schon auf tausend Schritte Entfernung ansehen kann, süßte sich mit wahren Heldenmut auf die bösen Kommunisten. Er gedachte, kurzen Prozeß zu machen, indem er eines Tages in unserer Redaktion erschien und unseren verantwortlichen Redakteur verhaftete. In seiner Begleitung befanden sich ein paar junge Orgeschburschen, die im Vollbewußtsein ihrer Machtstellung mit der Reitgerte schimpften.

Einen Haftbefehl konnte der Orgeschkommissar nicht vorlegen. Er erklärte auch frank und frech, daß er das nicht nötig habe.

Als sich zum größten Bedauern des Herrn Loh wieder ein anderer Genosse fand, der für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ redaktionelle Verantwortung übernahm und dadurch die von der Orgesch erwünschte Lahmlegung unseres Blattes vereitelt wurde, griffen die Breslauer Orgeschkreaturen zu noch radikaleren Mitteln.

Orgesch-Loh erschien in der Privatdruckeret, in der unsere Zeitung hergestellt wird, und bedrohte den Drucker und das Setzerpersonal mit sofortiger Verhaftung, sobald sie sich weiterhin an der Herstellung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ beteiligten. Die Folge davon war, daß der Drucker Angst bekam und unsere Zeitung nicht mehr drucken wollte. Das gesamte technische Personal, darunter zahlreiche Familienväter, lag arbeitslos auf der Straße. Aber was fragte der Loh danach, er hatte sein Ziel erreicht oder glaubte wenigstens, es erreicht zu haben.

Um dem Zeitungsbetrieb aber auch die letzte Funktionsmöglichkeit zu nehmen, wurde kurzer Hand auch noch der Geschäftsführer verhaftet und hinter Schloß und Riegel gesperrt.

Jetzt konnten die Orgeschbataillone ungehindert aufmarschieren. Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ lag unterdrückt und geknebelt am Boden. Es brauchte nicht mehr gefürchtet zu werden, daß die Wahrheit über die Ziele und Absichten der Orgeschabenteurer aus Schlesien herausdränge.

In dieser Zeit schamlosester Verewaltigung der durch Artikel 118 der glorreichen deutschen Verfassung garantierten Freiheit des Wortes fand das hiesige sozialdemokratische Organ nicht ein Wort des Protestes. Wohl selten hat die sozialdemokratische Presse sich in so infamer Weise zum Mitwisser und Mitschuldigen reaktionärer Ueberartiffe gemacht, wie in diesen Tagen die Breslauer „Volkswacht“. Nicht einmal ein paar Zeilen des Berichtes aller dieser Schikanen und Nichtswürdigkeiten der Breslauer politischen Polizei fanden sich in dem rechtssozialistischen Blatte. Aber diese Helfershelfer der Reaktion hätten ja ihre eigenen Parteigenossen fürchten müssen, wenn sie von all diesen Nichtswürdigkeiten der politischen Polizei Breslaus berichtet hätten, deren Dezernent ein SPD-„Genosse“ selbst ist.

Einem radikaldemokratischen bürgerlichen Blatt allein blieb es vorbehalten, in diesen Tagen gegen eine solche ungeheuerliche Knebelung der Preßfreiheit zu protestieren.

Die „Volkswacht“ raffte sich nur einmal zu ein paar Zeilen auf, die aber derart kläglich und schuldberührt abgesetzt waren, daß es einen Hund jammern konnte. Aber wie kann ein „Arbeiterblatt“ für die Preßfreiheit eintreten, das unter der Leitung eines Redakteurs steht, der ganz offen für die Rehabilitierung der Orgeschformationen eintritt und dem es gleichgültig ist, wer die Oberleitung dieses Orgeschabenteurers hat. Von der „Volkswacht“ nach solchen proletarischen Grundgedanken geleitet wird, kann man allerdings keine Verteidigung der Preßfreiheit erwarten. Hier hat man vollaus zu tun, der Orgesch in die Hände zu arbeiten, da bleibt für die Wahrung demokratischer Interessen nichts mehr übrig.

Und so hat die Breslauer „Volkswacht“ auch heute noch nicht eine Zeile des Protestes gegen die Orgesch-

Warum die Waldenburger Bergarbeiter streiken.

Im Waldenburger Gebiet streiken die Bergarbeiter. 50 000 Arbeiter ungefähr, die im Revier beschäftigt sind, feiern. Sie verlangen seit langer Zeit, seit dem vorigen Jahre schon, eine Lohnzulage, die bei den Steuern 10 M. pro Tag beträgt. Die Unternehmer lehnen ab. Und die Bergarbeiter wollten ihre Forderungen durchsetzen. Nur die Notstandsarbeiten werden noch ausgeführt. Die Betriebe ruhen.

Aber ist es nicht „unfair“, nicht „unvaterländisch“, gerade jetzt der deutschen Wirtschaft in den Rücken zu fallen, wo keine obererschlesische Kohle ins Reich kommt? Alle Bürgerlichen fragen so. Auf ihre Frage muß geantwortet werden.

Wir wollen nicht davon reden, daß selbst im Ruhrgebiet viele Kohle nicht verladen und nicht abgefahren wird, weil (laut einem wirtschaftlichen Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ des Herrn Stinnes vom 24. 5.) die Nachfrage nach Kohle allzu gering ist, so daß die Züge dort vielfach leer hin- und herfahren.

Wir wollen uns nur die Rot der deutschen Wirtschaft ein wenig betrachten und fragen, was der Waldenburger Streik wohl der deutschen Wirtschaft schaden kann.

Die deutsche Wirtschaft steht im Zeichen des Lohnabbaus und der Verkürzung der Arbeitszeit in vielen jührenden Betrieben.

Sind es die Arbeiter, die kurzarbeiten wollen? Die Löhne werden abgebaut, weil sich die Produktion sonst „nicht rentiert“.

Sind es die Arbeiter, die die gegenwärtige schlechte Konjunktur für die Unternehmer verschuldet haben?

Wenn tatsächlich aus dem Ruhrrevier keine Kohle ins Reich kommt, weil keine Nachfrage nach Kohle da ist, sind es die Arbeiter, die keine Nachfrage nach Kohle haben, oder die Unternehmer, die die Produktion sabotieren?

Die Arbeiter kommen mit ihren Löhnen nicht aus. Wohnung, Kleidung, Lebensmittel, Fahrten werden nicht billiger, sondern ständig teurer.

Aber die Unternehmer setzen die Löhne herab und drohen die Arbeiter mit der Hungerpeitsche. So stark fühlen sie sich, daß sie Streiks provozieren wollen, um die Arbeiter müde zu machen.

Aber es gibt vielleicht noch Arbeiter, welche glauben, das besiegte Deutschland habe eben Lasten zu tragen, und jeder Arbeiter müsse zu seinem Teil mit daran schleppen.

Aber die Waldenburger Arbeiter streiken doch, weil sie an den Lasten zusammenbrechen. Die 10 Mark, die sie fordern, fordern sie nicht aus Uebermut, sondern weil sie ihr Elend dazu zwingt. Sie schleppen, wie jeder Arbeiter, mit und ohne diese 10 Mark, schon so andere Lasten des besiegten Deutschland, daß sie kaum mehr leben können.

Aber in den Siegerstaaten sind die Lasten ebenso schwer. Streiken nicht die englischen Bergarbeiter seit mehr als sieben Wochen? Tun sie das aus Uebermut? Sie streiken vielmehr, weil sie die Lasten des „Siegerstaates“ nicht schleppen können, und weil ihre Unternehmer ihre „Siegerlöhne“ drücken wollen.

Überall in der Welt wird gestreikt, sei es in Norwegen, sei es in England, sei es in Frankreich. „Siegerreiche“ wie „besiegte“ Arbeiter tragen überall an der

gleichen Last: dem Joch des Kapitalismus, unter dem sie sich aufbäumen, wollen sie nicht verrecken.

Und von da aus gesehen, gewinnt der Waldenburger Streik eine andere Bedeutung.

Der Kapitalismus windet sich in der ganzen Welt in Krämpfen. In Deutschland, dessen wirtschaftliche Lage besonders schlimm ist, nehmen die Kämpfe immer und immer wieder revolutionären Charakter an. Die Arbeiterklasse weiß selbst nicht, daß sie sich aufbäumt gegen das ganze System, das sie niederdrückt, und nicht nur für eine Lohnforderung. Der Streik der Waldenburger fällt der deutschen Wirtschaft nicht nur nicht in den Rücken — er hilft die neue Wirtschaft aufzubauen, die sozialistische, indem er die verreckende kapitalistische weiter zerrüttet.

Aber mögen die Waldenburger Arbeiter auch nur an ihre Forderungen denken — diese müssen sie im Kampf durchsetzen, wollen sie halbwegs existieren können.

Dazu ist nötig, daß sie von den übrigen Arbeiterorganisationen nicht im Stich gelassen werden. Sie sind organisierte Bergarbeiter. Der Bergarbeiterverband gehört dem ADGB an.

Aber der ADGB hat vor noch nicht allzulanger Zeit Forderungen aufgestellt, die dem Elend der Arbeiterschaft abhelfen sollten.

Die Waldenburger Arbeiter können und müssen deshalb vom ADGB verlangen, daß er auch ihnen hilft, die für solche Forderungen wirklich in den Kampf getreten sind, und sich nicht nur mit Redensarten begnügt haben.

Wir Kommunisten haben von jeher wenig Vertrauen gehabt zu den Führern des ADGB. Aber große Massen der Arbeiterschaft trauen ihnen. Sollen diese Massen den ADGB zwingen, für die Waldenburger Arbeiter wirklich einzutreten. Die Waldenburger Arbeiter müssen von ihrem Bergarbeiterverband tätige Unterstützung verlangen. Der Bergarbeiterverband muß den ADGB mobilisieren,

sollen dessen Führer, von denen etliche in der Regierung sitzen, zeigen, ob es ihnen ernst ist mit ihren eigenen Forderungen.

Forderungen aufstellen — das gilt auch für die USPD — ist leicht. Für „allgemeine“ Forderungen kämpfen, so werden sie sagen, ist schwer.

Aber hier sind konkrete Forderungen, sind konkrete Kämpfe da.

Hier in Waldenburg kämpfen Massen. Nicht sind es „Puttschisten“, wie die SPD- und USPD-Führer uns Kommunisten im März nannten:

es sind gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die einen schweren Kampf kämpfen.

Der ADGB und die USPD haben zu zeigen, daß sie nicht schweigen, sondern für kämpfende Proletarier eintreten wollen.

Tun sie das nicht, so werden die Arbeiter mit ihnen ins Gericht gehen.

Und tun sie es — wir „Puttschisten“ werden dabei sein. Denn wo das Proletariat kämpft, dort schweigen wir nicht, sondern kämpfen mit.

Schikanen seitens der Polizei noch kein Ende erreicht haben.

Die „Volkswacht“ hat geschwiegen zu der völlig ungesetzliche Verhaftung unseres Geschäftsführers, den man für die politische Haltung eines Blattes verantwortlich machen will, und die „Volkswacht“ schweigt auch heute noch, da seitens der Breslauer Polizeibehörde unsere Zeitung, die wir jetzt in Berlin drucken lassen müssen, einer Zensur unterzogen wird, ohne daß irgendwelche gesetzliche Handhabe dazu berechtigt.

Der Eisenbahnbeamte an der Erpreßgutabgabe händigt unseren Boten die Zeitungen nicht eher aus, bevor sie nicht von der politischen Polizei durchschnüffelt sind. Er behauptet, daß er dies auf Anweisung der politischen Polizei tun müsse. Wohlgerückt, derselben politischen Polizei, deren Dezernent ein Rechtssozialist ist! Das sind dieselben Sozialdemokraten, die einst selbst unter dem Sozialistengesetz gelitten haben. Heute durchschnüffeln sie selbst die Arbeiterblätter nach Hochverrat. So tief ist diese Arbeiterpartei heute gesunken. Sie ist völlig im bürgerlichen Sumpf verkommen. Ein Arbeiter, der auf Tradition hält, hat einer solchen Partei, in der bürgerliche Reformisten das große Wort führen, längst den Rücken gekehrt.

Solange die Sozialdemokratie gegen solche völlig

zei nicht protestiert, sich gar zum stillen Mitwisser macht, macht sie sich auch mitschuldig der Vorbereitungen, die die Reaktion in diesen Tagen gegen die deutsche Arbeiterklasse trifft.

Sozialpolitische Einsicht sollte man doch immerhin auch bei dem leitenden Redakteur der „Volkswacht“ voraussehen können, daß er einseht, wenn sich die Orgeschborden morgen bei ihrem Rückmarsch über Schlesien ereignen, sie auch vor einem sozialdemokratischen Redakteur nicht haltmachen werden, auch wenn derselbe die Orgesch und deren General Höfer bis über den grünen Klee gelobt hat.

In wie einseitiger Weise die Breslauer politische Polizei arbeitet, beweist die in den letzten Tagen erfolgte Verhaftung der „Schlesischen Tagespost“, des Breslauer Orgeschblattes. Während bei uns die Kreaturen der politischen Polizei stundenlang auf der Lauer liegen, um ja die gesamte Auflage weanzuschuppen, kann das deutschnationale Welt frohlockend seinen Lesern verkünden, daß die Verhaftung erst erfolgte, als die Verteilung an die Abonnenten bereits beendet war.

Es ist klar, daß es Orgesch-Loh nicht so eilig hat, wenn es gilt, natürlich auch bloß um den Schein zu wahren, gegen seine heimlichen Trinkgefesgeber und Befreunde vorzugehen. Da hört man auch nichts von einer Verhaftung und dauernden Heimkehrung der

Das ist eben die demokratische Gerechtigkeit in Oberst freier Republik!

Die Arbeiter und nicht zuletzt die sozialdemokratischen Arbeiter können aus allen diesen Methoden leben, was von der bürgerlichen Demokratie zu halten ist wie hinter diesem Geigenblatt nur die rücksichtslose Diktatur der Reaktion, des Unternehmertums, der Orgelschanden städt.

Und wenn heute in Schlesien gerade die kommunistische Presse in so gemeiner und brutaler Weise verfolgt und gehandelt wird, so nur deshalb, weil die reaktionären Umstürzler gerade von unserer Seite eine Enttückung ihrer letzten Ziele und Absichten zu fürchten haben.

Wir Kommunisten wissen natürlich ganz genau, daß die Anarische die sich heute nur gegen uns richten, auf die gesamte Arbeiterklasse gezielt sind. Wenn die Orgelschanden heute bei ihrem Aufmarsch durch ihre Subjektive und Spittel bei der Polizei nur die kommunistische Presse unterdrücken, so wird sich der Haß und die Wut der reaktionären Mordgesellen morgen gegen die gesamte radikale Presse richten.

Wenn uns die sozialdemokratischen Arbeiter in unserem Kampf gegen die Gewaltmethoden der Breslauer Polizei unterstützen und die Beseitigung der ungesetzlichen Vorzensur unseres Blattes durch eins der gefährlichsten Orgelschanden fordern helfen, so nützen sie der Sache des gesamten Proletariats.

Die Anhebung der Presse gehört mit zu dem Mobilisierungsprogramm der Orgel. Soll der Generalangriff der Reaktion auf eine geeinte Abwehrfront des Proletariats stoßen, so müssen auch jetzt schon die Vorbereitungen der Orgel gestört werden durch eine gemeinsame Aktion des schlesischen Proletariats.

Schon heute müssen die Parolen, unter denen sich die Arbeiter zusammenfinden, heißen:

Nieder mit der schlesischen Presschande! Nieder mit der Vorzensur!

Nieder mit den Orgelschreibern bei der Breslauer Polizei!

Nieder mit dem Orgelschabenteuer!

Politische Uebersicht.

Kahrs Provokation

In der Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des böhmischen Landtags gab der Ministerpräsident von Kahrs die mehrmals veröffentlichte Erklärung über die Einwohnerwehfrage ab. Sie lautet:

Die Kaiserliche Staatsregierung ist in Übereinkunft mit der Reichsregierung einverstanden, in Erfüllung des Minimums in der Einmündung der Einwohnerwehr das Mögliche zu tun, wobei die Termine natürlich eingehalten werden.

Darauf hat sie sich nicht entschließen können, ihre bisherige Auffassung, daß die Einwohnerwehr nicht unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages und nicht unter des Krieges vom 22. März 1921 falle, aufzugeben. Die Reichsregierung wurde gebeten, diese Auffassung den alliierten Mächten mitzuteilen und nach Möglichkeit zu vertreten. Diese habe sich dazu bereit erklärt.

Je nach der Stellungnahme der Entente wird die Reichsregierung die weiteren Entscheidungen von sich aus treffen, wobei eine entsprechende Stellungnahme der Staatsregierung selbstverständlich ist.

Die Verhöhnung der Reichsregierung, der Entente und die Provokation der Arbeiterklasse sind offensichtlich. Sie wird noch verstärkt durch eine Entschiedenheit in der Kreis- und Gauhauptheute der Einwohnerwehren, die besagt, daß das, was die böhmische Regierung dem Reich und der Entente anbietet hat (nämlich gar nichts), die äußerste Grenze des Möglichen darstellt.

Diesmal geht es um Siegen oder Brechen, denn die Nichterfüllung der Ententesforderungen kann unmittelbar den Einmarsch der Ruhrgebiete nach sich ziehen. Die Regierung wird die heute im Reichstag ihr Programm vorlegen soll, ist damit bereits an ihrem Vorgehen angelehnt.

Die Provokation an die Arbeiterklasse und die Ohnmacht der Regierung sind so offenbar, daß selbst Mehrheitsparteien und Unabhängige nicht umhin können, sie festzustellen. Selbst das Zentralorgan der Unabhängigen, die Berliner „Freiheit“, schreibt:

„Zum Glück ist jetzt die böhmische Arbeiterklasse geschlossen auf den Plan getreten. Wenn die Reichsregierung nicht endlich doch mit Mäßen redet, dann muß durch Handlungen der Arbeiter die Erfüllung der Einwohnerwehren erzwungen werden. Die norddeutschen Arbeiter werden ihre böhmischen Brüder in jeder Weise unterstützen, wenn es gelten sollte, die Regierung Kahrs und mit ihr die Einwohnerwehren zu Fall zu bringen.“

Vor ein paar Tagen verhöhten die Unabhängigen diese Ansicht der Kommunisten, weil sie „zum Kampfe mit der blanken Waffe läßt“. Die harten Tatsachen zwingen die Unabhängigen, wenigstens in Worten sich umzuwenden.

An den Arbeitern in Bayern und im gesamten Reich ist es nun, aus diesen Worten Taten zu machen. Nur sie können die Orgel enttücken, nur sie können die drohende Zerschlagung des Reichs, den drohenden Einmarsch ins Ruhrgebiet abwenden. Nur sie können zugleich den neuen unerhörten Anschlag des Unternehmertums auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse vereiteln, und sich die freie, menschenwürdige Existenz schaffen, mit der die Existenz der untergehenden kapitalistischen Wirtschaft vereinbar ist.

Die Orgel wirbt weiter!

Die „Freiheit“ veröffentlicht in der Dienstadt-Unternehmensbeziehung folgende Mitteilung über noch immer bestehende Verhältnisse für das oberste schlesische Arbeitermoral:

In Potsdam wurde Montag vormittags eine Verhaftung angeschlossen. Ein Transport war bereits zusammengefaßt, er sollte erst nach Berlin geleitet und vom schlesischen Bahnhof 101 Uhr abends abfahren. Die Verhaftung betraf sich in Potsdam, Restaurant zur Kornblume, Kirchstraße. Der Fahrer ist der Justizsekretär Oppermann.

Montag mittags wurde am Potsdamer Bahnhof ein Transport von 20 Mann verhaftet. Diese Leute waren größtenteils in Potsdam und zwar von dem Verband national-republikaner Soldaten, die in Potsdam waren. Die Verhaftung betraf sich in Potsdam, Restaurant zur Kornblume, Kirchstraße. Der Fahrer ist der Justizsekretär Oppermann.

In ganzen Kreise Zauch-Belzig sind folgende Plakate an-

Freiwilige der Oberschlesien gesucht! Es werden im Kreise Zauch-Belzig sofort gesucht: gediente Infanteristen und Pioniere aller Dienstgrade. Einheitsabnahme: 50 Mark und freie Verpflegung. Meldestelle in Lehnitz: „Hotel zur Post“ täglich 8-12 und 2-6 Uhr.

Man konnte dieses Plakat am Sonntag im Gasthaus Krüger in Weg a. d. Havel hängen sehen, ferner im Restaurant Anna Heinrich, Kolonie Fichtenwalde, wohn es der Ortsvorsteher des Dorfes Kleistow brachte.

Es wurde uns weiter mitgeteilt, daß sich in Oldenburg unter Führung von Leutnant Fries eine Werbestelle befindet, die Mannschaften für das Freikorps „Garius“ bezieht. Dieses Korps liegt im Rolbenberg (Oberchlesien) herum und hat in Namslau seinen Stab. Die Seele des Unternehmens sind Hauptmann von Kumbi und Oberleutnant von Wank. Als Transportführer sind tätig: Ernst Neubauer, Zivilberuf Ministerialbeamter, und Alfred Steger, Zivilberuf Unterwachtmeister bei der Sicherheitspolizei in Oldenburg. Am vorigen Sonntag ist ein Transport von etwa 25 Mann von Bremen nach Namslau abgegangen. Solche Transporte sollen sich jeden zweiten Tag vollziehen.

Die „Freiheit“ richtet deshalb wieder die Aufforderung an die Regierung, den Werbungen ein Ende zu machen. Ansehens der Tatsache, die sie hier selbst veröffentlicht, daß Behörden, wie der Ortsvorsteher des Dorfes Kleistow, selbst an den Werbungen beteiligt sind, bei der Unterstützung, die Wirt dem Oberschlesienrummel anteil werden ließ, bei der offenen Solidarität der Reaktion mit den Orgelschanden, muß diese Aufforderung als eine leere Geste betrachtet werden. Die Regierung hat bis jetzt noch nichts gegen die Orgelschreibungen unternommen, als Verordnungen zu erlassen. Und zwar Verordnungen, die nichts weiter als eine Geldstrafe in Aussicht stellen für diejenigen, die sich nicht daran halten. Während also noch immer die Sondergerichte ihre Ruchhausurteile gegen Arbeiter ausprechen, wird die Orgelschreibung von der Regierung nicht nur nicht verhindert, sondern sogar mit allen Mitteln unterstützt. Und an diese Regierung wendet sich die U-P, verlangt von ihr, sich selbst zu verurteilen. Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß nur ihre eigene Aktion die Konterrevolution beseitigt.

Die Reaktion lobt ihren Gradnauer.

Der neue Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer hatte zwar bei seinen mehrheitssozialistischen Freunden in Sachsen wegen seiner maßlos gegenrevolutionären Haltung als dortiger Ministerpräsident bereits

Die kommunistischen Arbeiter berufen im Waldenburgischen Versammlungen ein: sie wissen, daß im Kampfe die Arbeiter sich oft beraten müssen.

Aber ein Gewerkschaftsbund sagt: „Wir haben doch beschlossen, keine „Teilaktionen“ zu machen, und ihr macht Versammlungen!“ Für einen Gewerkschaftsbund ist eine Streikversammlung eine „Teilaktion“; ein Gewerkschaftsbund will nicht, daß die Arbeiter ihre Sache selbst führen; wozu wäre dann der Bund da. Arbeiter! Seht euch eure Gewerkschaftsführer selbst an.

abgewirtschaftet, aber er genießt nun als deutscher Polizeiminister das volle Vertrauen der Rechten.

Die „Kölnische Zeitung“ bringt einen aus Dresden datierten Leitartikel, in dem ihm von der Deutschen Volkspartei die Unterstützung der national-geprägten Parteien mit diensteifriger Willenshaftigkeit zugesagt wird. Wie groß muß doch die Liebe sein, wenn sie nicht einmal durch antiemische Bedenken gemindert wird. Die „Kölnische Zeitung“ betont, daß in der nachrevolutionären Politik Sachsens der Name Dr. Gradnauers ein Programm (d. h. ein gegenrevolutionäres Programm) bedeutet. Der deutschnationalen Freund Gradnauers betont, daß er sich als Ministerpräsident nicht selten nur auf familiäre bürgerlichen Parteien stütze, während keine eigenen Parteigenossen im Verein mit den Unabhängigen zur Opposition gehörten. Da Gradnauer keine Politik natürlich weiter zu treiben gedenkt, eröffnet er den rechtsstehenden Parteien für seine ungeliebte Zugehörigkeit in der Stimmregierung die allerbesten Aussichten. Für Sozialismus und Klassenkampf hatte er nie etwas übrig, und daher kommt es, daß er — nach dem Zeugnis der „Kölnischen Zeitung“ — niemals, auch in schwierigen Zeiten, Worte und Taten fand, die Andersdenkende bis in die Reihen der Deutschnationalen hinein verprellen konnten.“ So kommt es denn, daß die Deutschnationalen oftmals seine Politik gegen seine eigene Reaktion schützten, und daß sie in ihm einen „Staatsmann von gutem Format“ erblickten. Die Gegenrevolution nimmt ihre Helfershelfer, woher sie kommen und bedient sich ihrer, so lange mit ihnen ein Geschäft zu machen ist. Der Gradnauer ist in die Firma aufgenommen, bis er von einem anderen Hausknecht des Stimmes-Konzerns an die Luft gesetzt wird.

Der Kongress der schwarzen Hundert

Die U. meldet aus Bad Reichenhall:

Gestern nachmittags fand in Reichenhall die Eröffnung einer nationalsozialistischen Tagung zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands statt. Anwesend waren Vertreter aus allen Ländern Europas und den Vereinigten Staaten. Die Zusammenkunft legt zum Ziel, alle geistreichen Kräfte der rassistischen Welt zu vereinigen, bei aller Wahrung wertvoller nationaler Ueberlieferungen ein geschlossenes, den Ereignissen entsprechendes soziales Programm auszuarbeiten, leitende Gesichtspunkte der Vorgesellschaftung im Interesse des ganzen rassistischen Volkes, nicht im Sinne einer Klasse festzusetzen, die Nationalitätenfragen in Ausland in gerechter Weise einer allseitigen Prüfung zu unterziehen, um das gefährdete Land endlich wieder aufzubauen zum Wohle des rassistischen Volkes und zur endgültigen Sicherung des Friedens und der Kultur Europas und der ganzen Welt. In der Sitzung wurde als Vorsitzender Alexander Gryninski ernannt. Anwesend wurde beschlossen, daß die Tagung des Kongresses geschlossen stattfinden und die Beschlüsse derselben erst nach Schluß der Tagung veröffentlicht werden.

Die Abhaltung des Kongresses der schwarzen Hundert ist also jetzt publik. Die hiesigen Reaktionen betrachten ihn ganz uninteressant darüber. Die deutsche Bour-

geois, in deren Namen Millionen von Proletariern drei Jahre lang gegeneinander gehetzt wurden. Sie bejubelt heute offen die Verschönerung der russischen Konterrevolution auf deutschem Boden, von der sie den Sturz der Sowjetregierung und damit die Wiederkehr der Monarchie in Deutschland erhofft, und die ihr zugleich dazu dienen soll, auf die Entente durch die Drohung ihres Bündnisses mit der russischen Konterrevolution einen gewissen Druck auszuüben. Das demokratische Kleinbürgertum und die Sozialdemokraten schweigen bisher dazu betreten still.

Wir haben gestern Angaben veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß das Ausland die Amt durch Handlungsdienste für die russischen Konterrevolutionäre die Abhaltung des Kongresses ermöglicht hat. Wir erwarten, daß die Regierung sich alsbald zu dieser Anschuldigung äußert. Wir fordern ferner die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer innerhalb und außerhalb der Regierung auf, zu sagen, ob sie dieser Provokation des deutschen und russischen Proletariats stillschweigend zusehen wollen, oder wie sie ihre Macht gebrauchen wollen, um das russische Monarchistenregiment von dem Boden, den das deutsche Proletariat für sich in Anspruch nimmt, fern zu halten. Die Gemeinschaft mit dem schwarzen Hundert dürfte denn doch selbst für die Gradnauer und Bauer etwas zu kompromittierend sein!

Forgang des oberchlesischen Krieges.

Die Kriegsberichte von der oberchlesischen Front laufen weiter ein. „Lebhaftes Schießen bei Landsberg“, „Städte mit Artilleriegeschüssen belegt“, „einige Dörfer wieder in unserer Hand“, „lebhaftes Artilleriegeschütz“, „polnische Landen, die vorzudringen versuchten, abgemiesen“, so heißt es in der reaktionären Zeitungen. In einer Meldung heißt es: „Es zeigt sich also, daß die Polen gar nicht daran denken, sich zurückzuziehen oder sich entzweigen zu lassen. Nach polnischen Nachrichten sollen die Insurgenten im Kampf um Annaberg etwa 2000 Mann Verluste

gehabt haben. Die Lage der eingeschlossenen Industriestädte verschlechtert sich infolge des Aufbrauchs der Lebensmittel von Tag zu Tag... Der Einschlag hochwissenschaftlicher Lenzen bei den Insurgenten wird immer deutlicher. In einigen Bezirken des Ansbauer Kreises werden bereits Wollausgangsklöppe über die örtlichen Betriebsräte gelegt.“ Und im selben Atem: „Es mehren sich die Gerüchte über das Zusammenarbeiten der Franzosen mit den Insurgenten.“ Wer aber sicher keine Ausschüsse bildet, geht übereinstimmend aus den Berichten aller deutschen bürgerlichen Blätter hervor, wonach den Betreibungen der Interalliierten Kommission, noch vor dem Eingreifen der Engländer, die Situation im politischen Sinne zu reflektieren, als stärkstes politisches Hindernis der kürzlich in Prag gewählte Zwölferauschuss entgegenstehe. Diese aus den Vertretern aller deutschen politischen Parteien und Gewerkschaften“ gewählte Zwölferauschuss hielt gestern eine Sitzung ab, in der er

sich als die politische Vertretung des von den Insurgenten nicht befreiten Oberschlesiens erklärte.

Es wurde dort beschlossen, in jedem Kreis ähnliche Aktionsausschüsse einzusetzen, die ohne eigene Machtvollkommenheiten die Unterorgane des Übergangsausschusses sein sollen. Sie sollen ihm die breitere Basis im Lande schaffen. Der militärische Mandatar des Ausschusses bleibt der General Höfer. Diese Nachrichten sind dazu angehen, den ganzen Ernst der Lage und die Gefahr, die dem Proletariat aus diesem Zentrum der Konterrevolution, die sich schon ihre eigene Regierung organisiert, anzugehen von den blutigen Kämpfen, droht.

Die interalliierte Kommission wurde gestern bei der Regierung Höfer des neuen Politikums vorstellig, um die Auflösung und Entlassung des deutschen Selbstschutzes und die Einrichtung einer neutralen Zone, die von englischen Truppen besetzt werden soll, zu verlangen. Es heißt, General Höfer war „zu einer Antwort nicht ermächtigt und hat sich Bedenken erbeten“. Der „Zwölferauschuss“ sei sich klar darüber, daß diese Forderungen infolge abzulehnen sind, als die Gleichstellung der deutschen Schutzwehr mit den Insurgenten auf keinen Fall anerkannt werden könne und es daher unmöglich sei, auf Grund solcher Forderungen zu verhandeln!

Es ist klar, daß für die Konterrevolution ihr „Selbstschutz“ unentbehrlich ist. U. meldet: „In Oberschlesien sage man sich mit Recht, die Waffen solle zuerst der niederlegen, der den Frieden gebrochen hat. Der oberchlesische Selbstschutz ist für den örtlichen Schutz so gut eingearbeitet, daß er durchaus nicht entbehrt werden kann.“ Er ist so gut eingearbeitet und kann so wenig entbehrt werden wie der bayerische Selbstschutz, die Orgel und die anderen weißen Gardes. Es ist klar, daß die politischen weißen Gardes für die Polen ebensowenig entbehrlich sind und es ist weiter klar, was weiter daraus entstehen muß, vor allem wenn man noch die Gegensätze zwischen der französischen und englischen Bourgeoisie ins Auge faßt.

Die neue Offizier wird nun von der gemeinsamen Front des Proletariats aufgerollt werden.

Die neue Unternehmeroffensive.

Nach die Mark Brandenburg wird von dem systematisch um sich greifenden Ausnerrungsfeldzug des Unternehmertums nicht verschont. W.B. meldet:

Die Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken teilt mit: Durch die in Oberschlesien seit Anfang Mai bestehenden Unruhen und durch die kürzlich in Niederschlesien ausgebrochenen Streik der Bergarbeiter ist die Steinkohlenversorgung der Mark Brandenburg fast vollständig ins Stocken geraten. Die anderen Kohlenreserven sind bei weitem nicht in der Lage, den ganzen Ausfall aller schlesischen Kohlen zu decken. Inzwischen muß die Industrie gewärtig sein, daß schon in den nächsten Tagen einzelne Betriebe zum Stillstand kommen, falls eine Streckung der bei ihnen etwa noch vorhandenen Kohlenmengen mit minderwertigen Brennstoffen nicht durchgeführt wird. Alle Neueinänge und die nach vorhandenen kleinen Vorräte müssen für die Aufrechterhaltung der lebenswichtigsten Betriebe, wie Elektrizitäts- und Gaswerke, Wasserwerke, Kanalisationswerke, Lebensmittelbetriebe, Krankenhäuser, Verkehrsunternehmungen vorbehalten bleiben. Der Verbrauch an Gas und Elektrizität ist weitestgehend einzuschränken, da andernfalls das zeitweise Abschalten ganzer Strombezirke schon in allerhöchster Zeit eintreten müßte, um die Elektrizitätswerke über Wasser zu halten. Auch der Verkehr der Straßen- und Untergrundbahn müßte bedeutend eingeschränkt werden.

Diese Ankündigung der Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken muß die Arbeiterschaft wie einen Mann auf den Plan rufen.

Was wird gespielt? Während infolge der oberchlesischen Kriegsabenteuer fast ausschließlich der Zugerkehr von Süddeutschland nach Niederschlesien wachsende Strecken und die österrheinischen Eisenbahnen nahezu lahmgelegt wurden, dafür aber Züge zur Orgeltransporte aus Bayern nach Oberschlesien oder um zur Verfügung standen, wird jetzt versucht, unter Hinweis auf den Streik der deutschen Grafenarbeiter in Niederschlesien eine Ausperrungskampagne gegen das märkische Proletariat einzuleiten.

Die „Kölnische Zeitung“ gibt nur den vom Unternehmertum propagierten Sachverhalt an, den den maß-

der öffentlichen Meinung die schallenderen Großindustriellen zu schenken und die Schuld auf die streikenden schlesischen Arbeiter abzuwälzen.

Die angekündigte „Kohlenkrise“ in der Mark bedeutet eine ungeheure Bedrohung für die gesamte werktätige Bevölkerung. Sie trifft nicht nur die Arbeiter der stillgelegten Betriebe, sondern darüber hinaus durch Einschränkung des Verkehrs und der Zufuhr von Nahrungsmitteln die breiten Massen in der Mark und in Groß-Berlin. Die Reichsregierung hat es in der Hand, die drohende Krise abzuwenden, indem sie die sofortige Genehmigung der gerechten Forderungen der streikenden Kohlenarbeiter durchdrückt. Sie wird es nicht tun, denn sie ist die Regierung der Kapitalisten gegen das Proletariat.

Die Gewerkschaften aber, die den Angriffen der Unternehmer auf den Achtstundentag mit so klühnen Parolen den Kampf ansetzen, sie müssen in dieser von den Kapitalisten künstlich herbeigeführten Kohlenkrise die zusammenfällt mit den großen Ausperrungen in Mitteldeutschland, in Danzig, in Mannheim, den Anfang zum Angriff der Unternehmer gegen das märkische Proletariat erkennen und sofort mit allen Mitteln den Abwehrkampf einleiten.

Kein Betrieb in den Marken darf stillgelegt werden. Die Produktion kann und muß dadurch im Gange gehalten werden, daß den niederschlesischen Bergarbeitern ihre Forderungen bewilligt werden. Es muß ein möglichst rascher Manöver ein, um so rasch man auf die riesigen Bestände von Ruhrkohlen zurück, die als Streikbrecherkohle nach England wandern.

Zuspitzung des Kampfes im Saarrevier. Bericht der Gewerkschaftsführer.

Nachdem es den Anschein hatte, als würden bei der kommenden Auseinandersetzung Berg- und Hüttenarbeiter aller Organisations-Schüler an Schüler den Kampf gegen den unerhörten Lohnabzug aufnehmen, sind jetzt doch schon Kräfte am Werk, die das Proletariat bei diesem schweren Ringen ausnander zu treiben versuchen. Schon bei den Verhandlungen, die die Bergarbeiter durch ihre Vertreter vor einigen Wochen mit den Vertretern des Grubenkapitals geführt haben, waren sich die Vertreter der Gewerkschaften einig mit den — Unternehmern, daß sie nach Einsichtnahme der Bücher (wer laßt da) den Bergarbeitern empfehlen, sich den Abzug von 4 Franken (gleich 20 M.), sowie die Urlaubszuschläge gefallen zu lassen. Die Gewerkschaftsbesenen scheinen ihre Aufgaben ganz falsch aufzufassen, denn sonst hätten sie vor allem feststellen müssen, daß die Bergarbeiter bei diesen Löhnen unter den teueren Verhältnissen im Saarland nicht leben können. Statt dessen stellen sie fest, daß die „armen Unternehmer“ die hohen Löhne nicht mehr zahlen können und heißen sogar den Lohnabzug gut. In den letzten Verhandlungen ist nun erreicht worden, daß den Bergleuten der Urlaub erhalten bleiben soll, wie im letzten Jahr, doch der Lohnabzug bleibt bestehen, ebenso werden weiter Saarkohlen nach England geliefert, weil die Unternehmer angeblich gar nicht feststellen können, was mit ihren Kohlen geschieht.

Den Metallarbeitern fallen jetzt schon die berufsmäßigen Vertreter des Proletariats, die christlichen Gewerkschaftsführer in den Rücken.

Nachdem die Unternehmer erklärt hatten, daß sie sich dem Spruch des Schlichtungsausschusses nicht unterwerfen werden, ist natürlich dieser famose Ausschuss einem Beschluß aus dem Wege gegangen, indem er sich für nicht kompetent erklärte. Am liebsten empfiehlt er, daß die beiden Kontrahenten noch vor dem 1. Juni zu neuen Verhandlungen zusammen kommen sollen. Nun kommen die „lieben Brüder in Christo“ und machen einen Vermittlungsvorschlag, nicht etwa um ihre geforderte Lohnzulage durchzusetzen, sondern um den Lohnabzug „schmerzloser“ zu gestalten. Punkt 4 ihres famosen Vermittlungsvorschlages lautet: „Abbau der Tariflöhne in den Hüttenwerken (außer Steinhütte) für Juni um 5 und für Juli um weitere 5 Prozent.“

Damit ist von dieser Seite der Versuch gemacht, die Einheitsfront zu durchbrechen. Nun ist es Aufgabe der christlich organisierten Arbeiter, von ihren Führern zu verlangen, daß sie diesen Vermittlungsvorschlag sofort zurückziehen, denn auch sie werden einsehen müssen, daß mit solchen Vermittlungsvorschlägen, im jetzigen Stadium, den Interessen der Arbeiter nicht gedient ist.

Bergleute, Metallarbeiter! Jetzt gilt es nicht, geherrnichte Resolutionen zu fassen, sondern zu handeln. Schon kommen Meldungen aus Mitteldeutschland, daß dort ebenfalls das Proletariat gezwungen wurde, in den Kampf zu treten, weil das Unternehmertum die Löhne abzubauen will. Im Waldburger Revier stehen schon mehrere Bergarbeiter im Streik, in Ost und West, Nord und Süd fallen sich die Westermolken zusammen.

Bergleute, Metallarbeiter! Das Unternehmertum will an euch den Versuch machen, die von der Bourgeoisie verfauldeten Kriegslasten ganz auf euch abzuwälzen. Jetzt sollt ihr an der Saar niedergebunden werden, nach eurer Brüder im

übrigen Deutschland. Das darf nicht sein! Schließt euch, trotz dem verräterischen Verhalten der christlichen und anderen Gewerkschaftsführer, fest zusammen, laßt euch eure Einheitsfront durch nichts zerstören. Begegnet diesem Vorstoß des Unternehmertums mit den schärfsten Mitteln, nur durch den Kampf könnt ihr die geplanten Lohnreduzierungen verhindern. Solldarkeit beweisen mit euren englischen Brüdern, den ersten Schritt tun auf dem Wege zur Befreiung aus dem Joch des Kapitals.

Der Reichstag bleibt untätig.

Reichstags-Sitzung vom 31. Mai. Nachdem der Reichstag sich in einer politisch entscheidenden Zeit vollkommen ausgeglichen hatte, trat er heute bei einer schwachen Beteiligung und vollkommener Interesslosigkeit der bürgerlichen und rechtssozialistischen Mitglieder zusammen. Die Regierung erdicht überhaupt nicht.

Die kommunistische Fraktion hatte schon vor dem Eintritt in die Ferien die Erledigung der wichtigsten, die Arbeiterkraft bringenden betriebsmäßigen Anträge, wie Umfassung aller politisch Beurteilten, Aufhebung der Sondergerichte, Aufhebung des Lagerungsstandes, die sofortige Niederlegung aller Strafbefehle, die wegen politischer Verbrechen und Verbrechen anhängig sind, sofortige Aufhebung aller Verbote von Zeitungen, die Entlassung der Engelshaus, verlangt.

Untere Genossen hatten angesichts des steigenden Erwerbslosentums schon vor dem Auseinandergehen des Hauses die Erledigung der Erwerbslosen-Anträge verlangt. Der Reichstag hat das damals abgelehnt.

Untere Fraktion stellte heute die Forderung, diese Anträge wenigstens noch auf die heutige Tagesordnung zu stellen. Genosse Kölllein mißte auf das weitere Zögern des rechten Terrors in Mitteldeutschland hin, trotz der Aenderung des Gesetzes über Sondergerichte. Er mißte besonders darauf hin, daß in Bayern die russischen Monarchisten in Ab Reichshaus offen ihren König abhalten können, unterstützt von der bayerischen Regierung und gebildet von der Reichsregierung, während gegen Kommunisten mit unverhülltem weißen Terror vorgegangen wird. Die Unabhängigen traten diesem Antrag bei. Die Sozialdemokraten verrieten auch diesmal die Arbeiterkraft. Sie sprachen sich gegen die sofortige Erledigung dieser Anträge aus, womit sie abgelehnt waren. Um wenigstens einen Teil der Anträge, welche die Erwerbslosen-Anträge betreffen, sofort zur Erledigung zu bringen, beantragte Genosse Walpach, daß die von der Kommission schon vollkommen erledigten Anträge auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden. Dagegen sprachen sich nicht nur die SPD., sondern auch die Führer der U.S.P.-Fraktion aus, während ein Teil der U.S.P.-Fraktion dafür stimmte. Die Erwerbslosen können weiter hungern. Was können sich diese sogenannten Arbeitervertreter im Reichstag darum!

Zur Erledigung kamen dann vor leeren Bünen eine größere Reihe kleiner Anträge. Die Regierung läßt sich mit der Durchführung ihres Programms Zeit; morgen erst soll die Regierungserklärung erfolgen.

Zur Erledigung der Anträge war „keine Zeit“; die Sitzung aber wurde schon nach einer Dauer von über 1 Stunde geschlossen.

Die Steuernot der Gemeinden vor dem preußischen Landtag.

Die gestrige Sitzung des Preussischen Landtags, die erste nach den Pfingstferien, befaßte sich mit kleinen Anträgen, die von der Regierung beantwortet wurden. Zu einer längeren Debatte führte die große Anfrage der Sozialdemokraten über eine Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes.

Die Reden der verschiedenen Abgeordneten zeigten wieder, daß über den billigen Vorstoß der Sparstamkeit hinaus niemand in der Lage ist, einen Weg zu zeigen, der unter Beibehaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus diesem Elend herausführt. Auch der Vertreter des Ministeriums des Innern kann nur die Notlage aufzeigen und erklären, daß etwas getan werden muß. Ueber das „Was“ weiß er sich nicht zu äußern.

Genosse Kah (SPD.): Die Mittel zur Gesundung der finanziellen Verhältnisse können nicht gefunden werden ohne Betrachtung des gesamten kapitalistischen Systems. Die hier geschilderten Mißstände sind wiederum ein Beweis für die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das Reich hat, weil es stärker ist, die Lasten auf die Gemeinden abgewälzt. Einzelne Gemeinden haben die Steuern nicht an das Reich abgeführt, sondern vorerst hieron das behalten, was sie für sich gebrauchen. In vielen Städten ist bis heute noch nicht die Steuereinsparung auf das vorige Jahr vorgenommen worden. Die Mißstände in den Finanzämtern kommen zum großen Teil daher, daß alte Offiziere hineingekleidet worden sind, obgleich sie gar keine Ahnung von Verwaltungswesen haben und nur darauf bedacht sind, die Lasten von ihrer Klasse abzuwälzen. Es muß aber gefragt werden, weshalb die Sozialdemokraten diese Anträge jetzt an die Regierung richten, da sie nicht mehr darin vertreten sind. Während sie selbst in der Regierung sitzen, haben sie von diesen Dingen nicht gesprochen. Die SPD. hat auch ein Recht, über ungerechte Steuern zu sprechen, da sie selbst in Hannover eine Wilschke-Versteigerung hat. Diese Steuer bedeutet das Todesurteil für die Lehrlinge. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Höhe der Realsteuern den Gemeinden überlassen wird.

Es wird immer davon gesprochen, daß gepart werden muß. Gepart wird aber nur, bei allen den Einrichtungen, die dem Proletariat nützlich sind, bei der Erwerbslosenfürsorge und bei allen sozialen Einrichtungen, während für die Einwohner wehren und für die Spas das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen wird. Für den Ortsrat in Hannover, deren Leiter kein Orgelmann, sondern der sozialdemokratische Fraktion des Landtags, Herr Betzert ist, ist ebenfalls Geld genug vorhanden gewesen.

Nachdem dann noch ein Sozialdemokrat gesprochen hat, vertrat sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr mittags. Der Geschäftsordnungsantrag unseres Genossen Kah, den Bericht des Ausschusses über die Vorgänge in Mitteldeutschland auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen, wird gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt.

Otto Bauers neue Offensive gegen Sowjetrußland.

Die Menschewisten setzen mit einer neuen Offensive gegen den Kommunismus ein. Otto Bauer gibt in dem Leitartikel „Die Ohnmacht der Gewalt“ in der „Freiheit“ vom 30. Mai das Signal zum allgemeinen Sturm.

Durch den äußeren und inneren Krieg, durch die Einstellung der gesamten Industrie auf den Kriegsbedarf war es Sowjet-Rußland unmöglich, genügend Vorräte von Industrieartikeln zum Austausch gegen landwirtschaftliche Produkte zu schaffen. Die russische Sowjet-Regierung ist zur Hebung der Produktion der Bauernschaft gezwungen, dem Freihandel gewisse Konzessionen zu machen. Die Zulassung des kleinen Privatbesitzes und Kleinhandels wird Sowjet-Rußland nicht gefährlich werden, wenn das Proletariat die gesamte Groß-Industrie in Händen hält.

Die Menschewisten, mit Otto Bauer an der Spitze, jubeln: „Nichts half Gewalt und Terror. Die Sowjet-Regierung muß zurückweichen. Die Bauern haben durch ihre passive Resistenz gesiegt. Die Kommunisten haben vor der wirtschaftlichen Macht der Bauern kapituliert.“ Otto Bauer weiß nichts davon, daß Rußland nun durch einen beinahe sieben Jahre dauernden, fürchterlichen Krieg zerrüttet ist, daß die russischen Arbeiter durch den Krieg gegen die konterrevolutionäre Gewalt von Rußland und von Innen daran gehindert waren, am Ausbau ihrer Industrie zu arbeiten, daß sie gezwungen waren, zu kämpfen und ihre ganze Produktion auf die Bedürfnisse des Krieges einzustellen, daß sie verhindert waren, die erste Voraussetzung für die Gewinnung der Bauernschaft zu schaffen, die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und anderer den Bauern notwendige Produkte: Er weiß nichts davon, daß sie gezwungen waren, durch über drei Jahre von den Bauern immer wieder nur Opfer zu verlangen.

„In Rußland ist die sozialistische Gesellschaftsordnung durch keine Gewalt zu verwirklichen. Nur der Sieg des industriellen Proletariats in den Ländern des höchst entwickelten Kapitalismus kann die sozialistische Umgestaltung der Weltwirtschaft durchzuführen kann, hat noch nie ein Kommunist, weder in Rußland noch in Westeuropa bestritten. Aber daß das russische Proletariat kraft befonderer geschichtlicher Bedingungen imstande war, an die Spitze des Weltproletariats zu treten, wird durch kein noch so marxistisch klingendes Gerede aus der Welt geschafft. Daß nun Sowjetrußland eine ungeheure revolutionierende Wirkung auf das Weltproletariat ausgeht, die die sozialistische Umwälzung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern beschleunigt, daran denkt Otto Bauer nicht.“

Für jeden revolutionär empfindenden Proletariat folgt aus dem oben zitierten Wort des „marxistischen“ Theoretikers nur eins: daß das Proletariat in Westeuropa die heilige Pflicht hat, mit seiner ganzen Kraft den Sturz des Kapitalismus zu beschleunigen, um dem russischen Proletariat Hilfe zu bringen und die Früchte seiner unter tausend Opfern errungenen Siege zu sichern und dem gesamten Weltproletariat zuzuführen zu machen. Otto Bauer aber folgert daraus, daß man heute das westeuropäische Proletariat über die „Ohnmacht der Gewalt“ „aufzuklären“ muß. Er leugnet heute, was er noch vor kurzem zugestand: daß der Kommunismus für Rußland die Form des proletarischen Kampfes sei. Er predigt der Arbeiterklasse die völlige Passivität.

Der Artikel Otto Bauers beleuchtet arell, daß die Menschewisten heute jedem ernstlichen Kampf gegen den Kapitalismus entsagt haben, und sich mit der Rolle begnügen, als Kettenhunde des Kapitals gegen die Kommunisten zu dienen.

Jugend!

Ein frohes kräftiges Kampflied erschallt durch die abendlichen Straßen, und Jungen und Mädchen ziehen dahin, voll Kampfeslust. Es sind dieselben Jungen und Mädchen, die den ganzen Tag über in dumpfen Fabrikräumen stehen, getrieben und gepeht von den drohenden Blicken der Meister, von Stößen und Pfiffen der Vorgesetzten. Es ist dieselbe Jugend, die hungrig, verzweifelt am Amboss — an den Drehbänken steht, und um Hungergrößen von früh bis spät arbeitet. Es ist dieselbe Jugend, die sich aus bitterster Not und Bedrängnis heraus zusammenzuschloß, um für sich selbst einzustehen, um für sich selbst zu kämpfen, und aus ihrem Lied, aus ihren Augen, da ruft ein Kühnes, Trostiges. — Ich habe es gewagt, trotz alledem!

Kommunistische Jugend ist es, die fast allabendlich durch die Straßen zieht, und es der Welt durch ihre Kampflieder in die Ohren ruft. — Wir stehen noch! Wir hämmern jung und stark das alte morische Ding, den Staat.

Jugend! Jung sein, höre junger Freund, weißt du was das heißt? Das heißt nicht von früh bis spät in der Fabrik stehen, und abends still und rubig zu Hause hinterm Tisch sitzen und über irgendeinem Schränkchen brüten. Jung sein heißt auch nicht an der Ecke stehen bis in die späte Nacht und mit allerhand Kameraden Unflut treiben oder auf den Kammeln sich umherdrehen.

Nein, jung sein heißt: Sich ein Ziel setzen, etwas wollen, und mit ganzer Kraft, mit aller jugendlicher Energie das Ziel verfolgen. Was für ein Ziel kann die Jugend haben, fragt du? Ein Ziel, das herauswächst aus deiner Not, aus deiner Verdrängung und Hilflosigkeit, ein Ziel, das herauswächst aus dem ganzen Unflut der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Sieh dir die Jungen der kommunistischen Jugend an, was sie in ihren Gruppen abends aufräumen mit den Magisterrechten der Schule, wie sie aufstehen mit den Leuten, den Mädchen vom Gottesacker und der verlogenen Welterschlechte, die als oberstes Gesetz die Weisheit und Gerechtigkeit

fehlende und Gehörnde hat. Wie sie die Fragen im Kreise der Freunde so stellen, wie sie nur gestellt werden können von uns Arbeitenden: „Wie können wir das Joch abschütteln, wie können wir uns befreien und uns das Recht der Jugend, das Recht der Arbeit wieder erringen. Da wird mit roten Köpfen und vom Eisener leuchtenden Augen diskutiert, und jeder hilft dem anderen vorwärts, um die Fragen Kapitalismus und Kommunismus — Revolution und Konterrevolution richtig, in ihrer ganzen Tiefe zu verstehen. Da wird diskutiert über die Probleme der Wissenschaft, aber nicht wie sie die Schule lehrte, von der Plattform der Gotteslegende aus, nein, so wie Wissenschaft sie behandeln, auf dem Boden suchender Wissenschaft. Da wird gesprochen über die Probleme der Volkswirtschaft, so wie sie ist, und so wie sie aus sozialistischer und kommunistischer Anschauung herauswächst. Diese Jungen und Mädchen stehen nicht wehrlos in der Betriebe, denn Wissen ist Macht und erkennend und selbst urteilend stehen sie den Meistern und Unternehmern gegenüber. Das sich selbst bilden, sich zu einem selbständigen Menschen machen — das an sich wäre ein Ziel. Aber uns Jungen, die wir hungern in die Betriebe stapfen, genügt das nicht, und die kommunistische Jugend, sie zieht die Konsequenz aus ihrem Wissen, sie steht kämpfend in der vorderen Front der kämpfenden Arbeiterkraft. Sie steht kämpfend in den Betrieben und trägt das Wissen, die Erkenntnis selbst in die Reihen der Arbeiterschaft, weil sie weiß, daß nur mit der Befreiung der Arbeiterschaft auch die Jugend befreit sein wird. Du bist es am ehesten, junger Freund, wie das Elend der Arbeiterschaft immer größer wird, wie du und Vater immer weniger verdienen, und wie viele deiner Freunde arbeitslos werden, da steht dein ganzes Leben nicht als Arbeit vor dir, das nächste Leben vor dir. Du wirst dein Leben lang in die Fabriken gehen und drinnen lacht die Sonne, freier ist in freier Schmelze andere von deiner Hände Arbeit. Das heißt du alles, junger Freund, und auch mit Leben es und leben alle dem mit seinen erschaffen, es Wissen ins Gesicht. Wer mir durch hämmern und reden kann, wie alle Weiber? Wie sind immer und immer

die Welt, die wir uns erobern wollen, und um uns tobt die Revolution, der Kampf der Befreiung der notleidenden Arbeiter. Da heißt es: fröhlich gewagt ist halb gewonnen und unsere ganze Kraft, unser ganzes Wollen kann nur ein Ziel haben, die Arbeit zu befreien, das heißt die Revolution vorwärts tragen, indem wir Jungen uns in ihren Diensten stellen, ihren Geist unter unsere Kameraden tragen, und wie es die kommunistische Jugend tut, auf die Barrikaden steigen und die roten Fahnen aufrollen. Das ist Jugend-, ist kraftvolles Wollen, kein insichselbst hineinbrüten, sondern sich selbst helfen, indem man den kämpfenden Brüdern die Hand reicht und mit ihnen kämpft. Aber noch ein junger Freund, hast du nicht schon Sonntags die Jungen und Mädchen gesehen, wie sie mit freudigen Gesichtern hinausziehen durch die Wälder und Täler, die blühenden Wiesen entlang, durch die Dörfer und Weiler, und ihre Kampflieder ertönen lassen, daß das sommerliche Dorf erwacht, und die Leute erstaunt aus den Fenstern schauen, und wie die Jungen dann von Haus zu Haus walzen und den Brüdern auf dem Lande die Flugblätter in die Hand drücken, und die Zeitungen, aus denen der Geist der neuen Zeit kommt, zurücklassen. Wie sie dann weiterziehen mit frohem Spiel und frischem Sang — die ganze Schar eine Freude — und ein Wollen, ein Geist, ein Kampf. Das ist wieder die kommunistische Jugend und mit frischer Kraft und neuem Mut, mit hellen Sonnengesichtern kehren sie wieder zur Arbeitstätte, pünktlich gleich den Betrieb durchdringend, und den Geist der Jugend, der Revolution, der Revolution. Höre, junger Freund, das ist Jugend, ist kommunistische Jugend, die mit freudigem Herzen, mit frischem Augendut hinausströmt in den Riß der Zeit, die sich selbst wehrt, die herangeht und hineinreißt in den tobenden Wirkungskampf, in das Leben. Schaffend und gestaltend, kämpfend der neuen Zeit entgegen. Und du, junger Freund, der du mit uns am Amboss, an der Drehbank, am Schraubstock hungernd liechst, du zögerst? Nein, heraus aus den dumpfen Stuben, heraus aus den Kammern, und hinein in die kommunistische Jugend — dort

Breslauer Nachrichten

Zum Waldenburger Bergarbeiterstreik.

Die Hoffnung auf die Gewerkschaftsböngern.

Das Handelsblatt der kapitalistischen Berliner „Vossischen Zeitung“ beschäftigt sich in seiner Dienstag Abendausgabe auch mit der „Kotlage des Waldenburger Steinkohlentreibers“.

Bei der Klarstellung der Ursachen, die zum Streik geführt haben, wird bittere Klage geführt über die bösen Bergarbeiter, die „ohne Vornahme der von den Gewerkschaften geforderten fahrgangsmäßigen Abkündigung und ohne Genehmigung der Gewerkschaftsleitungen“ in den Streik getreten sind.

In geradezu trübsinnigen Tönen wird die „Kotlage der „armen“ Bergmagnaten“ geschildert, die heute schon mit einem Fehlbetrag von durchschnittlich 8 Mark pro Tonne arbeiten sollen. Und wie soll das nun erst durch den Streik werden! Dann gehen die Forderungen völlig pleite.

Angesichts dieser „Kotlage“ der Bergherren ist es dann nur immer wieder verwunderlich, warum sie noch immer nichts von einer Sozialisierung der Bergwerke wissen wollen. Wenn sie sogar mit Unterbilanz arbeiten, wäre es doch das einfachste von der Welt, sie gäben die Bergwerke den Arbeitern und gingen nach Holland Holz hacken.

Die Fähigkeit aber, mit der sie ihr „Eigentum“ verteidigen, beweist zur genüge, daß der Verdienst bei diesem Geschäft noch gar nicht so schlecht sein kann.

Und so denken die schwer bedrängten Bergwerksbesitzer auch jetzt noch gar nicht daran, den Arbeitern das Feld zu räumen. Im Gegenteil, sie hoffen inständig, daß es den Gewerkschaftsführern recht schnell gelingen möge, den Streik niederzuschlagen.

Die Gewerkschaftsführer haben sie, wie man in der „Vossischen Zeitung“ lesen kann, auch schon für sich gewonnen. „Aber“, so heißt es dort, „die persönlich gewonnenen Vertreter der Arbeitnehmer machten ihre endgültige Zustimmung von der Stellungnahme der Selegskanen abhängig.“ Es handelt sich hierbei um das Rezept der Regierung, nach dem die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne auf die Schultern der Steuerzahler gewälzt werden sollen. Aber diesmal sieht es im Waldenburger Revier nicht danach aus, als ließen sich die Bergarbeiter so schnell von den Gewerkschaftsböngern einleiten.

Wessen Interessen die Gewerkschaftsführer mit ihren Abwiegungsversuchen vertreten, verrät der Schluß des zitierten Artikels. Dort heißt es:

„Es muß gehofft werden, daß es den Gewerkschaften gelingen wird, die streikenden Bergarbeiter zu überzeugen, daß sie nur dem Besten ihrer Berufsgenossen und ihrem eigenen Besten dienen, wenn sie baldigst die Arbeit wieder aufnehmen.“

Das sind die Hoffnungen des Kapitalistenblattes auf die Gewerkschaften.

Die Bergarbeiter wissen also nun, wem die Gewerkschaftsführer das Wort reden, wenn sie in diesen Tagen vor die Streikenden hintreten und die Einstellung des Streiks verlangen, noch ehe die Arbeiter ihre Forderungen durchgeleitet haben.

Dann können die Bergarbeiter für solche Agenten des Kapitals nur die eine Antwort übrig haben, sie machen es genau so wie die englischen Bergarbeiter und jagen die schändlichen Betrüger zum Teufel.

Wie Arbeitslose gemacht werden!

Der Vertreter des außerordentlichen Gerichts zu Breslau, Herr Dr. Rogitow, glaubte im „Interesse“ der deutschen Republik die „Schlef. Arbeiterzeitung“ unterdrücken zu müssen, weil dieselbe angeblich haarscharf Artikel schrieb. Da ein direktes Verbot laut Artikel 118 der deutschen Reichsverfassung, der die Dreifachfreiheit garantiert, nicht möglich war, versuchte es der Staatsanwalt auf eine andere Weise, die ihm nicht genehme Presse unschädlich zu machen, indem er die technischen Hersteller der Zeitung „verwarnte“, wenn sie Artikel legten, die zum Hochverrat, Aufreizung usw. auffordern, könne er bestrafen und bei

Machtverdacht sofort verhaften lassen. Auf diese Weise wurde der Druck der „Schlef. Arbeiterzeitung“ in Breslau unmöglich und das technische Personal wurde auf die Straße gesetzt. Unter diesen Opfern der „republikanischen Justiz“, die sehr an Vorkriegszeit erinnert, befinden sich über die Hälfte Familienväter, darunter zwei böhmischer Flüchtlinge, sowie ein schwer kriegsbeschädigter, denen auf diese Weise der „Dank des Vaterlandes“ zuteil wird. Sie sind nun dem großen Heere der Arbeitslosen eingereiht. Die mitschuldigen Opfer der Herren Staatsanwalt Dr. Rogitow und seines Helfers Lns. sowie die gesamte Arbeiterschaft haben ein Recht, von der Reichsregierung Rechenschaft zu fordern, ob sie dieses Treiben solcher Angestellten der Republik Deutschland duldet und ob sie gewillt ist, unverzüglich eine Untersuchung einzuleiten und insoweit die wirtschaftlich Geschädigten vor dem Ruin zu bewahren. Die Geschädigten fordern von den in Frage kommenden behördlichen Instanzen: 1. Sofortige Auszahlung des bloßliegenden und laufenden Lohnausfalles, 2. sofortige Beschaffung einer geeigneten Arbeitslosigkeit unter zumindest den bisherigen Arbeitsbedingungen, 3. sofortige eindeutige Erklärung, daß die „Schlesische Arbeiterzeitung“ auf Grund des Artikels 118 der deutschen Reichsverfassung erscheinen darf; 4. sofortige und allerhöchste Untersuchung der Angelegenheit unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern, und im Schuldsfalle sofortige Amtsenthebung ohne Pension der betreffenden schuldigen Angestellten der Republik Deutschland.

Schlesische Proletariat!

Die bewaffneten Banden aus Oberschlesien werden euch ausplündern, wenn ihr euch nicht gegen sie wehren könnt.

Ein Schreiben an den Reichsjustizminister, sowie den Regierungspräsidenten sind bis jetzt ohne Antwort geblieben, weshalb auf diesem Wege unsere Forderungen zum Ausdruck gebracht werden.

Die arbeitslos gewordenen technischen Angestellten der „Schlef. Arbeiterzeitung“.

Bekanntmachung.

Wiederholt sind, wie in den Vorjahren, die Glascheiben an öffentlichen Feuermeldern mutwillig eingeschlagen und die Feuermelder abgezogen worden. Auch die böswilligen Alarme mittels Fernsprecher kommen immer wieder vor. Dieses gemeindefähliche Treiben ist gerade jetzt, wo immer noch großer Mangel an Betriebsstoffen (Benzol, Gummi u. a. m.) bei der Feuerwehr herrscht, besonders verwerflich. Wir sehen eine Belohnung von 100 M. für jeden einzelnen Fall aus, in dem der Täter so ermittelt wird, daß seine gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Lebensmittelverteilung. a) vom 2.—14. Juni: Grieß auf Lebensmittelkarte S 14, Nahrungsmittelmarke 241 und Zusatznahrungsmittelmarke 51 für Mütter; b) vom 1.—11. Juni: amerik. Weizenmehl auf Lebensmittelkarte S 15; c) Grieß auf Stillbelohnungsmarke 22.

Aus der Provinz

In alle Ortsgruppen und Kolportage.

Wir machen darauf aufmerksam, daß alle Geldsendungen für die Zeitungen und den Sozialistischen Verlag auf das Postcheckkonto Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag G. m. b. H.“ Breslau geschickt werden müssen.

Aus dem Neuroder Streifgebiet

Die Geldhälften in Neurode, die ihre Existenz lediglich kräftigen dem Verdienst der Bergleute, die ihren Bedarf bei ihnen decken, und die die Bergleute mit großen Zwischenhändlergewinnen auslaugen, wollen nichts mehr borgen. Durch nichts

zeigt sich zunächst deutlicher die Not der Bergleute, als daß sie schon jetzt nach einer Woche Streik borgen müssen.

Wenn jetzt diese letztgenannten Spießbürger sich entrüsten über die Beschicklichkeit der Bergleute, so müssen die Bergleute erkennen, wie notwendig es ist, diese Parasitengesellschaft zu beseitigen.

Die Bergleute sollten sich reflexlos den Konsumvereinen anschließen, um diese bürgerlichen Parasiten halt zu stellen. Die Arbeiter müssen aber gleichzeitig von ihrer Macht Gebrauch machen und müssen sich in den Genossenschaften den nötigen Einfluß sichern, damit auch ihre eigenen Genossenschaftsbürokraten nicht noch mehr als bisher ins bürgerliche Fahrwasser segeln.

Die Konsumgenossenschaften müssen ausgebaut werden zu Organen die im Moment der Nachterrechnung des Proletariats die Verlegung der gesamten Bevölkerung mit Nahrungs- und Bedarfsmitteln übernehmen müssen.

Die Liegnitzer Volkzeitung empfiehlt Streifbrecherarbeit.

Die Doppelähnlichkeit sozialdemokratischer Zeitungen kommt treffend in der Nummer vom 26. Mai der „Liegnitzer Volkzeitung“ zum Ausdruck. Im redaktionellen Teil heulmeien sie über die elende Lage der Arbeiter in den Ziegeleien. Im Inseratenteil bringen sie für gutes Geld eine Anzeige der Ziegelei Kuntzner Welche. „Trotz des Streikes können wir Kunden, die die Ware mit Gespann bei uns abholen, mit naturroten Dachsteinen und Drainageröhren beliefern. Dachsteine versch. Kuntzner Welche.“ Daß ein derartiges Inserat in einer sogenannten Arbeiterzeitung nicht dazu beiträgt, die Kampfentschlössenheit der betreffenden Streikenden zu stärken, sollten auch die Leute in Liegnitz wissen.

Oberwaldenburg.

Selbstmord wegen Nahrungsnot. Aus Verzweiflung über seine Glanzlage hat sich der Angestellte, früherer Spinnereiarbeiter Heinrich Lohrig aus Oberwaldenburg am 24. d. M. von einem Eisenbahnzug überfahren lassen. Lohrig war jahrzehntelang bei der Firma Schlesische Textilwerke, Methner u. Frahne A.-G., Abt. Maschinenbau, tätig. Seine feste Arbeitswilligkeit, glaubte er, würde ihm bei seiner jetzigen Invaldität dadurch belohnt werden, daß man ihm aus der Wohlfahrtskassa einen Zuschuß gewähren würde, aber alle seine Bemühungen blieben erfolglos. Die Direktion in Oberwaldenburg erklärte ihn als unwürdig, dem schloß sich die Generaldirektion an, weil er ein Trinker gewesen sei. Die Mitarbeiter verneinen dies, auch spricht die langjährige Tätigkeit dagegen. Unter der Beschimpfung eines Trinkers werden schließlich alle Arbeiter bei Anträgen auf Unterstützung abgewiesen. Die Arbeiterkassette sieht an diesem Fall wieder von neuem, daß das Kapital über Leichen geht. Dieses schreckliche Ende des Lohrig muß eine Warnung sein, sich unelastisch abgeben zu lassen, zugleich muß es an die Pflicht mahnen, für die Beseitigung der Ausbeutung einzutreten. Erst mit der Beseitigung der Ausbeutung wird es möglich, daß im Alter ein Leben ohne Nahrungsnot gewährleistet ist, ohne auf kapitalistische Wohlfahrtsanstalten angewiesen zu sein. Zu bemerken ist noch, daß die Besuche an Behörden, um die Direktion zu einem Nachgeben zu veranlassen, unberücksichtigt blieben.

Neuerscheinungen.

Nr. 19 des Kommunistischen Gewerkschaftlers mit der Zeitschrift des Gewerkschaftsinternationale ist erschienen. Inhalt: Dem Chaos entgegen. — Der schlechteste Rerrat. — Kämpfe für die Kontrolle der Produktion. — Bürgerkrieg in Oberschlesien. — Aus den Bezirken und Industriezonen. — Sic Rhodus — sic salta. — Das Internationale Arbeitsamt ein Gemisch für die soziale Revolution. — Die Auseinandersetzung im französischen Gewerkschaftsbund. — Der Verbandstag der Bauarbeiter Polens. — Reichskonferenz der österreichischen Gewerkschaftsopposition. — Internationale Rundschau.

Gleichfalls ist erschienen Nr. 10 der Kommunistin. Inhaltsverzeichnis: Der Kampf in Oberschlesien. — Die zweite Frauenkonferenz der KPD. — Familienziehung oder Kinderkommune. — Die englischen Arbeiterinnen im Bergarbeiterstreik. — Aus den Märkämpfen in Mitteldeutschland. — Frauenorganisation in Nordbavaria. — Quer durch Thüringen. — Wie eine Frauenagitationsschmiffen arbeitet. — Frauenkonferenz in der Pfalz. — Die erste Frauenkonferenz des Bezirks Wasserhahn. — Literatur.

Sämtliche Schriften und Bücher sind zu beziehen durch Kommunistische Bucherei, Breslau, Gräbschenerstr. 45.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Werner Schölem, Berlin. Verlag: Sozialistischer Verlag G. m. b. H., Druck: Max Koller, Berlin.

Schauspielhaus

Operettenbühne, Tel. Ring 2545

Heute und täglich 7 1/2 Uhr:

Masochisten

Lieblich-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:

Der große Erfolg des Juni-Programms

Zähne 6 Mark

schriftl. Garantie!

Reparaturen sofort!

Krause, 20 jähr. Praxis,

Ohlauerstr. 70.

Alt-Metalle

Post 6110, Kohlenstraße 8

Genossen

! Setzt zur die

„Schlesische Arbeiterzeitung“

Händler! Hausierer!

kaufen konkurrenzlos billig

alle Waren (Seite 2, 15 M.,

Stempelzahl 38 Pf.) bei

L. Lehnart, Poststraße 7



Anzüge nach Maß u. fertig Pa.-Stoffe u. Zutat.

Allerneueste Modelle

Spezialität: **Glockenschlüpfer** neueste Modelle

Es lohnt sich für jeden Herren seine Schatzkammer anzusehen in bezug auf Mode und Preis

Wilk. Ed. Schubert, Schneidergeschäft, Eisenstraße 45

Kommunistische Literatur!

Braun, Wer soll die Kriegsrechnung bezahlen?	Preis 4,— M
Trotsky, Terrorismus und Kommunismus	„ 4,50 M
Miljutin, Die Organisation der Volkswirts. halt in Sowjetrußland	„ 3,80 M
Spartakusbrieft	„ 5,— M
N. N. Ueber proletarische Ethik	„ 3,— M
Karl Frank, der Fall Levi	„ 1,10 M

Zu beziehen durch:
Kommunistische Bucherei
Breslau V. Gräbschenerstrasse 45.

Soeben erschienen!

Soeben erschienen!

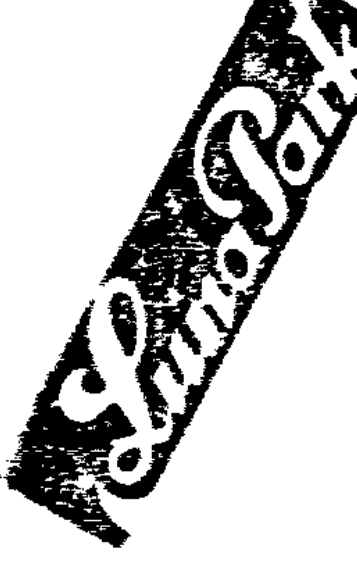
KARL RADEK

Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentralistische Partei des Wartens sein?

Inhalt: Der Vereinigungsparteitag. / 2. Die VKPD. und KAPD. / 3. Der Kampf um die rechtsstehenden Arbeitermassen. / 4. Die italienische Frage. / 5. Passive oder revolutionäre aktive Massenpartei. / 6. Die Märzfrage. / 7. Die Lage in der VKPD. / Nachwort des Verfassers: Der Fall Levi.

119 Seiten. Preis Mk. 1,50.

Zu beziehen ausschließlich durch die Organisations- u. Buchhandlungen der VKPD. u. durch die Verlagshandlung Carl Heyne Nachf., Louis Cahnhey, Hamburg 11.



Täglich geöffnet

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit — Exemplar der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ — und er. zugehen an den Sozialistischen Verlag, Postcheckkonto 23885 Breslau oder an die Vertrauensleute.

Name: _____

Wohnung: _____

Postfach Nr. _____

Postamt: _____

Poststraße: _____

Postfach: _____

Postort: _____

Postzeitung: _____

Postfach: _____

Postort: _____

Postzeitung: _____

Postfach: _____

Postort: _____

Postzeitung: _____

Postfach: _____

Postort: _____